

Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung

Aus dem OWUS-Dachverband

„Sozialcharta für Solo-Selbständige und Kleinunternehmer“ – weitere Reaktionen

Weitere Reaktionen auf den Beschluss des Dachverbandes liegen inzwischen vor von: Sabine Zimmermann, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Diana Golze, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg, Karl Schlewerling, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales in der Bundestagsfraktion von CDU/CSU, sowie von Vertretern des Funktionsbereiches Sozialpolitik des Vorstands der IG Metall und der IHK Berlin. ¹

- Sabine Zimmermann stellte fest, dass es bei der sozialen Sicherung von Selbstständigen erheblichen politischen Handlungsbedarf gibt. Die von OWUS geforderte Sozialcharta für Solo-Selbstständige und Kleinunternehmer ist mit den Grundlinien des Ansatzes der Fraktion bestens kompatibel: Zentrales Anliegen der Reform muss die Einbindung der selbstständig Erwerbstätigen in die gesetzlichen Sozialversicherungen sein. Dabei sollen dieselben Bedingungen gelten wie bei abhängig Beschäftigten. Sabine Zimmermann betonte, dass die Fraktion weiter an der Thematik arbeiten wird, um damit für einen politischen Kurswechsel beizutragen. Die Herstellung sozialer Sicherheit auch für Selbstständige ist ein wichtiger Aspekt dieses dringend notwendigen Politikwechsels. Sie informierte über eine am 03. Juni 2016 von der Fraktion eingebrachte Große Anfrage an die Bundesregierung „Soziale Lage und Absicherung von Solo-Selbstständigen“. Es wurde vereinbart, Anfang Juli zu einem Gespräch zusammenzutreffen.

Rentenpolitisches Konzept der LINKEN (Bernd Riexinger und Matthias W. Birkwald im Supplement 11/2015 der Zeitschrift „Sozialismus“ unter dem Titel „Solidarische Mindestrente statt Altersarmut. Das Rentenkonzept der Partei und der Bundestagsfraktion DIE LINKE“.

http://www.sozialismus.de/vorherige_hefte_archiv/supplements/liste/detail/artikel/solidarische-mindestrente-statt-altersarmut/

- Ministerin Diana Golze unterstrich die Notwendigkeit der erforderlichen Neuausrichtung der sozialen Sicherungssysteme auf eine sich verändernde Arbeitswelt. Die übermittelten Beschlüsse von OWUS mit konkreten Vorschlägen zur Verbesserung der sozialen Absicherung von Solo-

¹ Die BAG Linke UnternehmerInnen veröffentlichte zum Magdeburger Parteitag der LINKEN im Mai 2016 in der Publikation „Für eine Linke, die Selbständigkeit achtet & fördert“ die Erfurter Beschlüsse von OWUS. Befremdlich ist allerdings die folgende, dazu gegebene Erläuterung:

„Unser Konzept (Anlage B: Sozialcharta/Maßnahmekatalog), das zu einem großen Teil dank Einsatz von Gregor Gysi und Diether Dehm in der Bundestagsfraktion eingebracht wurde und dort (mit Abstrichen) zu vorläufigen Beschlüssen geführt hat, und weiterhin Grundlage für einen erfolgreichen Wahlkampf ist, haben wir hier angehängt. Außerdem Anlage C: Konzept für die soziale Absicherung Selbständiger.“

Dazu ist festzustellen, dass es sich um Beschlüsse der OWUS-Dachverbandskonferenz vom 23. April 2016 handelt, die anschließend u.a. an alle Fraktionen des Deutschen Bundestages übermittelt wurden, darunter auch an die beiden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion DIE LINKE und weitere Abgeordnete der LINKEN. In Vorbereitung auf die Erfurter Konferenz gab es dazu keine Vorabstimmungen. Wenn jetzt der Eindruck entstehen sollte, dass die Beschlüsse von OWUS aus der Bundestagsfraktion (oder der BAG) heraus initiiert wurden, dann ist dies unzutreffend.

Selbständigen und Kleinunternehmern unter Berücksichtigung deren finanziellen Leistungsfähigkeit hält sie für einen gelungenen Beitrag, um die politische Auseinandersetzung auf Bundesebene in den verschiedenen Rechtsbereichen weiter voranzutreiben.

- Sehr ausführlich antwortete der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales Karl Schlewerling unser Schreiben an die Bundestagsfraktion von CDU/CSU. Er betonte, dass die Verbesserung der sozialen Absicherung der Selbständigen auch für die Fraktion ein wichtiges Thema ist. So sei angedacht, die Kranken- und Rentenversicherung der Solo-Selbständigen zu verbessern. Dabei könnte die bestehende Handwerkerpflichtversicherung ein gutes Vorbild für soziale Sicherheit bislang ungesicherter Selbständiger sein. Es wird auch zu prüfen sein, ob für alle Solo-Selbständigen ein ähnliches System wie die Künstlersozialkasse in Betracht kommt. Die Einführung einer Bürgerversicherung hält die Fraktion allerdings für den falschen Weg. Interessant ist die Feststellung *„Zudem sprechen Sie die Einführung von Mindesthonoraren in ausgewählten Branchen an, die auch aus unserer Sicht zielführend ist.“*
- Der Vertreter des Vorstands der IG Metall Henning Groskreutz betonte, dass auch in der Gewerkschaft Fragen rund um die Weiterentwicklung der Sozialen Sicherungssysteme diskutiert werden. Dabei spielt auch die Einbeziehung von selbständigen Personen in die gesetzlichen Sozialversicherungssysteme eine Rolle. Im Rahmen ihrer Rentenkampagne fordert die IG Metall, dass alle Erwerbstätigen schrittweise an der gesetzlichen Rente beteiligt werden – also auch Selbständige. Mehr zu diesem Konzept der solidarischen Erwerbstätigenversicherung der IG Metall unter: www.mehr-rente-mehr-zukunft.de
- Der Bereichsleiter Wirtschaftspolitik der IHK Berlin Dr. Constantin Terton dankte im Namen der Präsidentin, Frau Dr. Beatrice Kramm, für die Übersendung des Beschlusses von OWUS und unser Engagement. Das Schreiben von OWUS wurde den entsprechenden Fachabteilungen im Hause zur Verfügung gestellt. Diese werden die von uns dargelegte Position in Abwägung mit dem Gesamtinteresse in die Gremienarbeit einfließen lassen.

Der Vorstand von OWUS Berlin-Brandenburg erstellt z.Zt. ein Dossier mit wichtigen Dokumenten zum Thema soziale Absicherung, Mindesthonorar und Sozialcharta. Interessenten an diesem Dossier können sich unter berlin-brandenburg@owus.de melden.

Aus den Landesverbänden

OWUS Berlin-Brandenburg

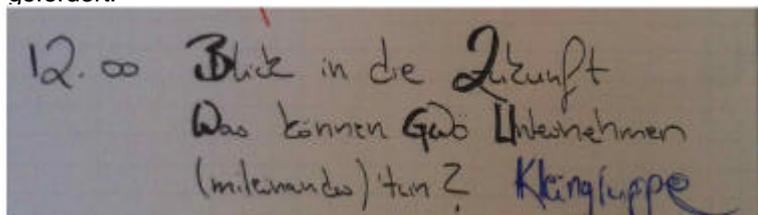
Gemeinwohlökonomie

Am 22. Juni fand in Berlin unter Leitung der GWÖ-Beraterinnen Lucie Lewandowski und Johanna Paul ein **Workshop mit GWÖ-bilanzierten Unternehmen** statt, an dem auch von OWUS Rolf Sukowski als bilanziertes Ein-Personen-Unternehmen (EPU) sowie als Vertreter des bilanzierten Landesverbandes teilnahm.



Quelle: L. Lewandowski & J. Paul / GWÖ BB

Weitere Teilnehmer waren Vertreter von Ökofrost, der Sinnwerkstatt sowie zwei weitere EPU aus Berlin. Es ging u.a. um die Frage, was seit der Bilanzierung in der internen und externen Kommunikation der Unternehmen passiert ist. Ein weiterer Hauptpunkt war, was können GWÖ-Unternehmen zukünftig tun, wie können sie sich weiter vernetzen, wie können sie kooperieren; ggfs. mit gegenseitigen Sonderkonditionen, wie perspektivisch von der GWÖ für die bilanzierten Unternehmen auch gefordert.



Und dabei kam heraus - man kennt sich zu wenig, weiß nicht, wer gehört dazu, und was kann das Unternehmen anbieten. Das erinnert an verschiedene OWUS-Projekte als Dauerbrenner - Firmenprofile, Marktplatz etc.! Es wurde angeregt, die Homepage der GWÖ oder eine ähnliche Form zu nutzen, damit sich die GWÖ-Unternehmen präsentieren können. Bisher sind die Bilanzen verlinkt, aber eben nicht die Leistungsangebote. Um die Debatte voran zu bringen, wurde von mir vorgeschlagen, dass im Herbst OWUS gemeinsam mit dem GWÖ-Verein und ggfs. UnternehmensGrün einen weiteren Workshop o.ä. durchführt, um mit interessierten GWÖ-Unternehmen konkrete Möglichkeiten eines "GWÖ-Marketings" auszuloten. Dabei sollen vorrangig die bilanzierten Unternehmen angesprochen werden.

Am 14. Juni fand das 2. **Berliner Unternehmergegespräch** von UnternehmensGrün Berlin-Brandenburg, Gemeinwohl-Ökonomie Berlin-Brandenburg und taz, die Tageszeitung statt. Andrej Philipp, Mitglied des Vorstands von OWUS Berlin-Brandenburg und Steuerberater aus Potsdam, diskutierte mit den Geschäftsführern von Ökofrost und Märkisches Landbrot über das Thema *„Führung in nachhaltigen Unternehmen“*. Alle drei Unternehmen gehören zu den Pionierunternehmen unserer Region. In der angeregten Diskussion wurden Gemeinsamkeiten deutlich, aber auch Unterschiede, u.a. bedingt durch die verschiedenen Erfahrungen aus dem Umfeld der 68er in der alten Bundesrepublik sowie der Sozialisierung in der DDR.

Um das Thema *„Gemeinwohl – ein trennscharfer Begriff in der politischen Auseinandersetzung?“* ging es am 29. Juni in der **GWÖ-Akademie** in Berlin. Mit der GWÖ-Akademie wurde ein Veranstaltungsformat etabliert, das sowohl der Popularisierung des Gedankens der Gemeinwohl-Ökonomie dient als auch durch die Diskussion theoretischer Fragestellungen der eigenen Selbstvergewisserung der Protagonisten. Das Fazit von Heinz Weißhuhn, der als bilanzierter EPU für OWUS an der Veranstaltung teilnahm: *„Der GWÖ-Gedanke ist anschlussfähig an andere Bewegungen, die in der einen oder anderen Form Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit und/oder demokratische Freiheit anstreben, indem er sich auf positiv besetzte Werte stützt, auf die sich solche Strömungen in spezifischer Weise ebenfalls beziehen.“* Als Beispiel wird die Enzyklika des Papstes zur Nachhaltigkeit genannt. Den vollständigen Erlebnisbericht von Heinz Weißhuhn werden wir in den nächsten Tagen auf der Homepage www.owus.de veröffentlichen.

„Wirtschaftsziel Gemeinwohl – kann das gehen?“ – siehe unter Publikationen

OWUS beim Fest der LINKE in Berlin

Bei traditionellen Fest der LINKE am letzten Juni-Wochenende in Berlin präsentierte sich OWUS gemeinsam mit dem Verein Solidaritätsdienst international e.V..



Quelle: V. Tschiskale / SODI e.V.

OWUS Sachsen

Am 14. Juni fand in Chemnitz der Unternehmerstammtisch zum Thema "Zukunft der Privatisierung - Privatisierung der Zukunft. Zukunftstaugliche Eigentumsformen" statt. Es gab eine sehr interessante Diskussion, die durch die Grundsatzausführungen von D. Hein und E. Skersies getragen war. Im Ergebnis des Treffs wurde beschlossen, das Thema weiter zu führen und die Grundsätze schriftlich niederzulegen. Der Newsletter wird zu gegebener Zeit darüber informieren.

OWUS Sachsen-Anhalt

Seit 25 Jahren ist unser OWUS-Mitglied Renate Bauer aus Gräfenhainichen Beratungsstellenleiterin des Lohnsteuerhilfe für Arbeitnehmer e.V. - LStHV – Sitz Gladbeck (www.lohnsteuerhilfe.net / www.facebook.com/steuerrechner). Anlässlich des 25jährigen Geburtstages dieses vor allem in den neuen Bundesländern aktiven LStHV wurde sie am 18. Juni während eines Vereinstreffens in Leipzig vom Vorsitzenden Bernd Werner mit einer Ehrenmedaille ausgezeichnet.



Quelle: Presse/Finkensiep / LStHV

OWUS auf  www.facebook.com/owus.dachverband

Nachrichten aus Wirtschaft und Politik

115.800 Personen im PKV-Notlagentarif

hib - heute im bundestag Nr. 338 vom 08. Juni 2016 Knapp 116.000 Frauen und Männer waren im vergangenen Jahr in der Privaten Krankenversicherung (PKV) auf den Notlagentarif angewiesen. Laut PKV-Verband waren auch 8.300 Beamte, Pensionäre oder Angehörige von Beamten mit Beihilfeanspruch im Notlagentarif versichert, wie aus der Antwort [\(18/8590\)](#) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage [\(18/8441\)](#) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hervorgeht.

Vollständiger Wortlaut des Beitrages – siehe <http://www.bundestag.de/presse/hib/201606/-/426736>

TTIP 1: Das Handwerk verliert bei CETA und TTIP

Die [Wirtschaftsinitiative „KMU gegen TTIP“](#) hat ein neues Faktenblatt veröffentlicht. In der Informationsreihe "TTIP in der Diskussion" werden diesmal die Risiken der geplanten Freihandelsabkommen für die Handwerksbetriebe öffentlich gemacht ([Faktenblatt Handwerk](#)). Handwerksbetriebe fürchten durch TTIP vor allem unfairen Wettbewerb. So wollen die Verhandlungsführer, dass Unternehmen beiderseits des Atlantiks einen leichteren Zugang zum

jeweiligen öffentlichen Beschaffungswesen des Partnerlandes bekommen. „Buy-local“-Regelungen sollen abgebaut werden. Eine aktuelle Umfrage von Handwerk International Baden-Württemberg zeigt, dass 79% der Handwerksbetriebe TTIP kritisch sehen.

Ausbildungsabgabe zur SOKA für Solo-Selbständige - Arbeitsgericht Siegburg zweifelt an der Beitragszahlungspflicht

Das Arbeitsgericht (ArbG) Siegburg hat zu der Frage entschieden, ob Solo-Selbständige zur Zahlung von Beiträgen an eine gemeinsame Einrichtung von Tarifvertragsparteien verpflichtet sind (ArbG Siegburg, Urteil vom 28.04.2016 - 1 Ca 525/16).

Nach Überzeugung des ArbG Siegburg ist der Tarifvertrag in Hinblick auf Solo-Selbständige nichtig. Denn diese Personen sind keine Arbeitgeber und könnten deshalb nicht aufgrund einer Allgemeinverbindlicherklärung wirksam in den Geltungsbereich eines Tarifvertrages einbezogen werden. Anders als noch vom LAG Köln entschieden (LAG Köln, Urteil vom 23.10.2015 - 9 SA 395/15) fehlt es nach Ansicht des ArbG Siegburg den Tarifvertragsparteien insoweit an der erforderlichen Tariftmacht. Am 21. Juli 2016 wird vor der 14. Kammer des LAG Berlin die Allgemeinverbindlicherklärung des Tarifvertrages verhandelt, mit der Solo-Selbständige des Baugewerbes zur Zahlung eines Mindestbeitrages für die Ausbildungsumlage verpflichtet werden. Das LAG wird sich mit den Argumenten des ArbG Siegburg auseinandersetzen haben. Ausführlich siehe <https://www.etl-rechtsanwaelte.de/.../solo-selbstaendige-und-...>

Rechtswidrige Lobbyarbeit des DIHK am Ende

Nun hat das [Bundesverwaltungsgericht die Begründung zur Entscheidung vom 23. März 2016 hinsichtlich der oftmals rechtswidrigen Öffentlichkeitsarbeit des DIHK](#), die zu einem Austrittsanspruch von lokalen IHKn führen kann, veröffentlicht. Die Ansage hat nochmals an Klarheit zugenommen. Die Liste der vom Bundesverwaltungsgericht als unzulässig bezeichneten Themen ist lang.

Ausführlich siehe <https://www.bffk.de/aktuelles/rechtswidrige-lobbyarbeit-des-dihk-am-ende.html>

Nachtrag: Kommentar von OWUS auf der Facebook-Seite des bffk: „Übrigens, auf unseren Vorschlag für eine Sozialcharta für Solo-Selbständige und Kleinunternehmer gibt es bisher keine Antwort des DIHK. Diese Zwangsglieder scheinen anscheinend nicht besonders zu interessieren.“

Zu den Beziehungen zwischen Deutschland und Russland

"Russland stand und steht nach der Auflösung der UdSSR vor gigantischen Aufgaben, die im Westen bis heute unterschätzt werden. (...) Von der großartigen Vision eines "Gemeinsamen Europäischen Hauses" mit gleicher Sicherheit für alle blieb fast nichts übrig. Die Bilanz nach 25 Jahren ist mehr als ernüchternd, wobei Europa und die USA dazu beigetragen haben", sagt Horst Teltchik in einem Interview auf der Diskussionsplattform www.russlandkontrovers.de. Das vollständige Interview unter: <http://russlandkontrovers.de/teltschik-die-bilanz-nach-25-jahre-ende-udssr-ist-ernuechternd/>

Ein Dritter Weg für Europa - Nach dem Brexit-Votum der Briten

„Der Brexit ist ein schwerer Schlag für die Eliten der EU und die Anhänger einer politischen Union. Aber in Krisen liegt auch immer eine Chance. Befreit von mythischer Überhöhung und Sakralisierung der „europäischen Idee“ könnte der Abschied von überkommenen Illusionen auch eine Befreiung sein,

hin zu einer anderen, aber dafür funktionsfähigen Integration“, schreibt Peter Wahl von WEED - Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung am 27. Juni 2016 im Infobrief „Weltwirtschaft & Entwicklung“.

<http://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org/wearchiv/042ae6a63408c8f01.php>

Steuerliche Maßnahmen zur Unterstützung der Opfer der Unwetterlage von Ende Mai/Anfang Juni 2016 – Mitteilung des BMF vom 28. Juni 2016

Ausgelöst durch schwere Unwetter Ende Mai/ Anfang Juni 2016 sind in weiten Teilen Deutschlands beträchtliche Schäden entstanden. Die Beseitigung dieser Schäden wird bei vielen Betroffenen zu erheblichen finanziellen Belastungen führen. Die Bundesregierung unterstützt die hohe Spendenbereitschaft in Deutschland, damit möglichst schnell und unbürokratisch Hilfe geleistet werden kann. Das Bundesministerium der Finanzen hat daher im Einvernehmen mit den obersten Finanzbehörden der Länder Regelungen erlassen, die Spendern, Organisationen und Unternehmen sowie deren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Hilfeleistung erleichtern. Die Vereinfachungsregelungen gelten für Unterstützungen, die vom 29. Mai 2016 bis 31. Dezember 2016 geleistet werden. Die Steuerverwaltungen von Bund und Ländern wollen mit diesen Verwaltungsanweisungen dazu beitragen, dass den von den Unwettern Betroffenen schnell und unkompliziert geholfen werden kann. Wortlaut des BMF-Schreiben – siehe

http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/BMF_Schreiben/Steuerarten/Einkommensteuer/2016-06-28-Steuerliche-Massnahmen-zur-Unterstuetzung-der-Opfer-der-Unwetterlage-2016-in-Deutschland.html

Steuermodernisierungsgesetz

Nach dem Bundestag wurde dieses Gesetz inzwischen auch vom Bundesrat bestätigt. Was sich für die einzelnen Steuerpflichtigen ändern wird – siehe nd-Ratgeber vom 06. Juli 2016

Publikationen

OXIblog

27. Juni 2016 – „*Wirtschaftsziel Gemeinwohl – kann das gehen?*“ Gespräch mit Prof. Hermann Adam vom Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin

<https://oxiblog.de/wirtschaftsziel-gemeinwohl-kann-das-gehen/>

28. Juni 2016 – „*Brexit-Votum: Was diskutiert die Linkspartei?*“

<https://oxiblog.de/brexit-was-diskutiert-die-linkspartei/>

Veranstaltungstermine

1. 09. Juli 2016 ab 10.00 Uhr in Bernau, Hussitenstraße zwischen Steintor und Stadthalle, DIE LINKE Barnim, „Offene Worte“ und die Landesarbeitsgemeinschaft „Rote Reporter“ der Brandenburger LINKEN laden ein zum **Pressefest der kleinen Zeitungen**
2. 13. Juli 2016 ab 17.00 Uhr **Gesamtmitgliederversammlung OWUS Sachsen** in Schkeuditz

Terminvorschau

1. 23. September 2016 Europapolitische Konferenz DIE LINKE in Berlin
2. 30.09. – 03.10.2016 14. OWUS-Unternehmerfahrt nach Kroatien
3. 12. Oktober 2016 Veranstaltung des Arbeitskreises Dresden der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen mit Dr. R. Sukowski, OWUS Dachverband „Gemeinwohl-Ökonomie und Linke Unternehmer. Gehört das zusammen?“ Wir AG, Martin-Luther-Str. 21 in Dresden-Neustadt

Links

<http://www.die-linke-thl.de/mediathek/parlamentsreport/>

<http://www.unz.de/> Die linke Zeitung für Politik, Arbeit, Soziales und Kulturelles in Thüringen

www.fabio-de-masi.de Homepage von MdEP Fabio de Masi (Fraktion GUE/NGL), u.a. im EP mit den Themen TTIP und Steueroasen befasst

http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/marzahn_hellersdorf_links/2016/

Unsere Geburtstagskinder für den Juli 2016

Gerisch, Detlef 17.07.

Bäßler, Gerhard 18.07.

Herzlichen Glückwunsch!!!!!!

Euer OWUS Vorstand Berlin-Brandenburg

Falls Ihr den Newsletter abbestellen möchtet, sendet einfach eine Antwortmail an den Absender tuk-j.heinrich@derpart.de.